

Kommentar
von Dennis Riehle
09. September 2022

Unter 40, männlich oder politisch inkorrekt *Weshalb die Vergabe von Bundesverdienstorden immer öfter scheitert...*

Verdienstorden der Bundesrepublik sind Auszeichnungen höchsten Rangs, mit denen die außergewöhnlichen und herausragenden Leistungen der Bürger in Beruf oder Ehrenamt gewürdigt werden sollen. Doch die Zahl der vergebenen Bundesverdienstkreuze ist seit längerem stark gesunken¹. Es war nicht zuletzt Bundespräsident Gauck, der die inflationäre Verleihung von Anerkennungen zurückgefahren hat. Nicht nur weiblicher sollten die Empfänger der Orden werden, gleichsam reichte es nicht mehr aus, sich über einen größeren Zeitraum hinweg selbstlos und im Gemeinwohl für eine gute Sache engagiert zu haben. Es mussten schon besondere und überdurchschnittliche Verdienste sein, die es zuließen, sich entsprechende Medaillen und Abzeichen anzuheften.

Dass dabei aber immer öfter Willkür und Intransparenz herrschten, wenn es um die Auswahl der Träger der Verdienstorden ging, machte nicht erst stutzig, nachdem sich offenbar Bundestagsabgeordnete nicht ganz uneigennützig einbrachten und eine wohl interne Verordnung den mühsamen Weg des Anerkennungsverfahrens zu umgehen versuchte². Die reflektierte und kritische Suche nach den passenden Trägern der Verdienstzeichen wich einer wenig durchsichtigen und mit dem ständigen Verweis auf die Vertraulichkeit von Ordensverfahren kaum nachvollziehbaren Selektion der Empfänger von bundesrepublikanischen Orden.

Ich selbst hatte deshalb eine Petition an den Deutschen Bundestag gerichtet, um damit letztlich stellvertretend zu erreichen, wonach Voraussetzungen für den Erhalt von Auszeichnungen und Würdigungen des Bundespräsidenten, aber auch die Verleihung von Verdienstmedaillen und Ehrennadeln der Bundesländer, offen und verständlich kommuniziert, aus der Mitte des letzten Jahrhunderts bestehende Verordnungen auf ihre Aktualität überprüft und neue Ebenen der staatlichen Würdigung von langjährigem Engagement der Bürger eingeführt werden, um Akzeptanz, Wert und Anerkennung des Ehrenamts zu steigern.

Einen echten Handlungsbedarf sahen weder der Bundestag, noch der Landtag von Baden-Württemberg, das Bundespräsidialamt oder das Staatsministerium vor Ort. Viel eher verwies man auf die bestehenden Strukturen, wonach die Senatskanzleien in den Ländern Anregungen aus der Bevölkerung entgegennehmen und prüfen, ob genannte Persönlichkeiten dem Ministerpräsidenten zum Vorschlag beim Bundespräsidenten empfohlen werden sollen. Monatelange Ermittlungen werden eingeholt, über den Leumund, die Verdienste und das Ansehen einer Person – immer öfter nutzen dafür die Ministerien auch den Abruf von Daten bei Behörden oder im Internet und bedienen sich Stellungnahmen von Vereinen und Institutionen. All das geschieht hinter verschlossener Tür.

Der Mitbürger, der einen Anderen für die Verleihung einer offiziellen Würdigung vorschlägt, erhält sodann Mitteilung darüber, inwieweit seinem Gesuch entsprochen werden kann. Und immer häufiger ist dies nicht der Fall. Ich selbst weiß um den Umstand, von einem Dritten für die Auszeichnung angeregt worden zu sein – letztlich erfüllte aber auch ich nach 24 Jahren bürgerschaftlich-sozialem Tun für die Gesellschaft die Anforderungen nicht.

Welche Gründe letztlich für die Zurückweisung sorgten, blieb allerdings offen und im Verweis auf Datenschutz damit auch nicht überprüfbar. Wahrscheinlich dürfte ich – wie andere Normalbürger und sogar Prominente in der Vergangenheit – die falschen Merkmale aufweisen: Ich bin unter 40 Jahren – da kann man zynischerweise wohl noch nicht von einer „Lebensleistung“ sprechen. Ich bin männlich – und in den letzten Dekaden erhielten nach Sicht der Bundespräsidenten zu viele Männer das Verdienstkreuz, welches nun vornehmlich Frauen bekommen dürften. Und abseits des Geschlechts könnte auch die politische Inkorrektheit ein Grund gewesen sein – denn nicht zum ersten Mal wurde Personen eine staatliche Würdigung verweigert, die sich mit den staatlichen Institutionen und der Politik allzu hinterfragend auseinandersetzten³.

Was bleibt nach dieser Analyse? Die Bundesrepublik sucht sich die Träger ihrer Orden sehr genau aus, macht daraus aber immer mehr ein Geheimnis. Für eine Demokratie sind Hinterzimmer-Entscheidungen stets eine gefährliche Sache. Und sie werden dem umfangreichen Engagement, das die Deutschen leisten, auch nicht gerecht. Erst kürzlich schlug Innenministerin Faeser von der SPD nun vor, besonders lange im Ehrenamt Tätige mit einem Jahr Zusatzrente zu belohnen. Wenn das Land es aber nicht einmal auf die Reihe bringt, eine ideelle Anerkennung für die Millionen Freiwilligen fair auszugestalten und am Ende aus einer Medaille einen Staatsakt macht, braucht auch niemand eine frühere Pension. Kommunen und Länder hätten genügend Möglichkeiten, Zeichen der Wertschätzung zu verleihen – und das durchaus großzügig. Denn ein Orden wird eben nicht dadurch weniger wertvoll, dass man ihn mit vielen Weiteren gemeinsam trägt: Ganz im Gegenteil: Der verbindende und identitätsstiftende Charakter einer Auszeichnung verbindet die Ehrenamtlichen und macht sie zu einer sinnstiftenden Gemeinschaft, die in Zeiten der Krisen von bürgerschaftlichem Engagement und entgeltfreiem Einsatz für die Solidarität durchaus einen neuen Schub gebrauchen könnten.

Verweise und Quellen:

¹ <https://www.tagesspiegel.de/politik/auszeichnungen-zu-wenig-frauen-falsche-verdienste-warum-der-bundespraesident-immer-weniger-orden-verleiht/14879848.html>

² <https://www.welt.de/politik/deutschland/article11516180/Abgeordnete-bedienen-sich-bei-Verdienstkreuzen-selbst.html>

³ <https://www.rbb24.de/studiofrankfurt/politik/2021/10/bundesverdienstkreuz-tobias-morgenstern-steinmeier-querdenker-theater.html>